

Referendum Kanton Bern

NEIN zu zusätzlichen 105 Millionen für Asylbewerber!

- Der Kanton Bern will in den nächsten vier Jahren zusätzliche 105 Millionen Franken für die Asylsozialhilfe ausgeben – das ist komplett überzogen!
- Junge Asylbewerber werden mit über 5'000 Franken pro Monat alimentiert – viele Schweizerinnen und Schweizer verdienen mit Arbeiten weit weniger und erhalten im Gegensatz zu Asylbewerbern vom Staat keine zusätzlichen Mittel und Anreize!
- Der Bund zahlt dem Kanton grosszügige Pauschalen, um die Kosten für den Asylbereich zu decken. Der Kanton bietet eine Luxuslösung – bezahlt durch die Berner Steuerzahler!
- Statt das Asylchaos endlich in den Griff zu bekommen, sollen weitere Millionenausgaben die Probleme «lösen» – Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten bleiben weiterhin unbehelligt in der Schweiz, neue kommen hinzu und wollen ebenfalls von den Vorteilen der Asylsozialhilfe profitieren!



Asylsozialhilfe

NEIN



SVP Kanton Bern
www.svp-bern.ch



Junge SVP Kanton Bern
www.jsvpbern.ch



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

– Bitte hier abtrennen und den unteren Teil sofort ausfüllen und einsenden. Herzlichen Dank! –

Referendumskomitee gegen die 105 Millionen Franken teure Asylsozialhilfe: Dr. iur. Patrick Freudiger (Co-Präsident), Grossrat, Langenthal; Andrea Gschwend-Pieren (Co-Präsidentin), Grossrätin, Oberburg; Erich Hess (Co-Präsident), Nationalrat, Bern; Thomas Knutti (Co-Präsident), Grossrat, Weissenburg; Andreas Burren, Grossrat, Lanzenhäusern; Lars Dubach, Hasle-Rüegsau; Nils Fiechter, Frutigen; Thomas Fuchs, Geschäftsführer Bund der Steuerzahler (BDS), Bern; Sabina Geissbühler-Strupler, Grossrätin, Herrenschandenen; Christine Gerber, Grossrätin, Detligen; Etienne Klopfenstein, Grossrat, Corgémont; Werner Moser, Grossrat, Landiswil; Sandra Schneider, Stadträtin, Biel/Bienne; Hans Rudolf Schweizer, Grossrat, Utzigen; Michelle Singer, Utzenstorf; Adrian Spahr, Lengnau.

Die untenstehend aufgeführten Personen ergreifen gestützt auf Art. 62 Abs. 1 Bst. a der bernischen Kantonsverfassung und Art. 123 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte das Referendum gegen den Grossratsbeschluss vom 13. September 2016 betreffend der Vorlage der Ausrichtung der Asylsozialhilfe. Ausgabenbewilligung; Verpflichtungskredit 2016 bis 2019 (Objektkredit), publiziert im Amtsblatt vom 5. Oktober 2016.

Ablauf der Sammelfrist: 5. Januar 2017

PLZ:		Politische Gemeinde:				
Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Genaues Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.						
2.						
3.						

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer mit einem anderen Namen als seinem eigenen unterzeichnet oder auf sonstige Weise das Ergebnis der Unterschriftensammlung fälscht, macht sich nach Art. 282 StGB strafbar.

Den Unterschriftenbogen ganz oder teilweise ausgefüllt sofort einsenden an: Junge SVP Kanton Bern, Postfach, 3001 Bern

Nicht ausfüllen – die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Referendumskomitee eingeholt.

Unterschriften eingegangen (Datum): _____, Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):
Ort: _____ Unterschrift: _____
Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel:

NEIN zu zusätzlichen 105 Millionen für Asylbewerber!

Der Bund bezahlt den Kantonen die Kosten aus dem Vollzug des Asylgesetzes mit grosszügigen Pauschalen. Diese sollen **alle** Aufwendungen der Kantone bei einer Unterbringung, Betreuung und Krankenversicherung von Personen im Asylbereich decken.

Globalpauschale: jährlich rund 157 Millionen Franken oder monatlich 1'500 Franken pro Asylbewerber

Sockelbeitrag: jährlich 330'000 Franken für die Betreuungsstruktur

Nothilfepauschale: jährlich 14 Millionen Franken für abgewiesene Asylbewerber

Verwaltungspauschale: jährlich 9 Millionen Franken für administrative Aufwendungen

Die grosszügigen Bundespauschalen von jährlich rund 181 Millionen Franken für die Asylsozialhilfe müssen ausreichen! Asylbewerber wären ansonsten besser gestellt als AHV-Rentner oder Mittelstandsfamilien, welche diese finanzielle Luxuslösung finanzieren müssen.

Unterschreiben Sie aus diesem Grund das Referendum gegen die zusätzlichen 105 Millionen Franken für Asylbewerber! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Bitte frankieren

Bitte Referendumsbogen sofort zurücksenden!

- Ich bestelle weitere Unterschriftenbogen:
_____ Exemplare
- Ich möchte das Referendum finanziell unterstützen.
Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
PC 30-39589-1 (IBAN: CH52 0900 0000 3003 9589 1) Junge SVP Kanton Bern
- Ich möchte Mitglied werden bei:
 SVP Junge SVP Bund der Steuerzahler

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon, Email _____

Weitere Unterschriftenbogen können bezogen werden bei:

Erich Hess, Nationalrat und Stadtrat, Bern
Präsident Junge SVP Kanton Bern
Tel. 031 398 42 00, hesserich@gmx.ch

www.jsvpbern.ch

Junge SVP Kanton Bern
Postfach
3001 Bern